Deutscher Bundestag **Drucksache 16/6331**

16. Wahlperiode 12. 09. 2007

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Elke Hoff, Dr. Karl Addicks, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Ulrike Flach, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Detlef Parr, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Max Stadler, Florian Toncar, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Martin Zeil, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

zu der zweiten Beratung des Antrags der Bundesregierung – Drucksachen 16/6278, 16/6330 –

Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter Deutscher Streitkräfte im Rahmen der „United Nations Interim Force in Lebanon" (UNIFIL) auf Grundlage der Resolutionen 1701 (2006) und 1773 (2007) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 11. August 2006 bzw. 24. August 2007

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Seit fast einem Jahr ist die Deutsche Marine im Rahmen der Maritime Task Force UNIFIL vor der Küste des Libanon im Einsatz. Ihr Auftrag besteht in der Kontrolle der Seewege in diesem Bereich und der Verhinderung von Waffenschmuggel. Die von der Deutschen Marine geführte Maritime Task Force hat bisher rund 9 000 Abfragen getätigt, aufgrund derer infolge von Verdachtsmomenten knapp 40 Schiffe durch libanesische Hafenbehörden näher untersucht worden sind. In keinem Fall wurden geschmuggelte Waffen sichergestellt. Die Deutsche Marine hat einen Auftrag erhalten, dessen Wirksamkeit aufgrund mangelhafter Rahmenbedingungen von Beginn an zweifelhaft war. Im Rahmen der ihnen gegebenen Möglichkeiten haben die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr ihren Auftrag professionell erfüllt.

Der Einsatz bewaffneter Streitkräfte ist jedoch das letzte Mittel, um ein politisch motiviertes Ziel zu erreichen. Das politische Ziel des Einsatzes bewaffneter Streitkräfte im Rahmen von UNIFIL ist es, eine ständige Waffenruhe zu erhalten und zu einer langfristigen Lösung des Libanonkonflikts beizutragen. Dieses Ziel ist nur zu erreichen, wenn der Libanon in die Lage versetzt wird, eigenständig alle hoheitlichen Aufgaben wahrzunehmen. In diesem Zusammenhang wird die bilaterale Hilfe der Bundesregierung an den Libanon zur Verbesserung der

Grenzsicherung ausdrücklich begrüßt. Die internationale Hilfe sollte sich ebenfalls verstärkt hierauf konzentrieren.

Der Bericht des unabhängigen Expertenteams zur Einschätzung der Überwachung der libanesischen Grenze (LIBAT), den der Generalsekretär der Vereinten Nationen am 26. Juni 2007 veröffentlicht hat (2007/382), kommt u. a. zu dem Ergebnis, „dass der gegenwärtige Stand der Grenzsicherheit nicht ausreiche, um Schmuggel, insbesondere Waffenschmuggel, auch nur ansatzweise zu verhindern“. Ein derartiger Zustand ist nicht akzeptabel, da er die anerkennenswerten und auch erfolgreichen Bemühungen zur Krisenentschärfung der UNIFIL-Soldaten zu See und an der Südgrenze des Libanon konterkariert. Risikolose Waffenlieferungen auf kürzestem Landwege schließen einen risikoreicheren Schmuggel auf dem wesentlich längeren Seeweg aus. Daher kann das Abfrage- und Überprüfungsergebnis der unter deutscher Führung operierenden Maritime Task Force nicht überraschen.

Bereits vor der Mandatserteilung für die Teilnahme der Bundeswehr an UNIFIL durch den Deutschen Bundestag am 20. September 2006 gab es Befürchtungen bezüglich möglicher Zwischenfälle mit den israelischen Streitkräften. Nur wenige Wochen danach waren derartige Befürchtungen Realität. Glücklicherweise kam es dabei nie zum Einsatz von Waffen. Obwohl seitens der israelischen Regierung Ende 2006 versichert wurde, dass es zu keinen weiteren Zwischenfällen kommen werde, und obwohl zwischenzeitlich die Möglichkeit einer schnellen Kontaktaufnahme zwischen Israel und Deutschland eingerichtet worden war, kam es im Frühjahr 2007 zu zwei weiteren Sicherheitsvorkommnissen.

In voller Anerkennung der Bemühungen von UNIFIL und der libanesischen Regierung darf nicht verkannt werden, dass in den vergangenen zwölf Monaten mit hoher Wahrscheinlichkeit eine umfangreiche Ergänzung oder sogar Aufstockung des Waffenarsenals der Hisbollah stattgefunden hat. Es ist zwar die Waffenruhe eingehalten worden, von einem Schritt in Richtung langfristiger Lösung des Libanonkonflikts kann aber noch nicht gesprochen werden. Es fehlt an politischer Flankierung und politischen Perspektiven.

Der Libanon muss so stabilisiert werden, dass das Land ohne Einmischung seiner Nachbarn die Sicherheit und Ordnung innerhalb seiner Grenzen gewährleisten kann. Dazu braucht der Libanon umfassende Hilfe beim Wiederaufbau seiner Infrastruktur. Im Laufe dieses Stabilisierungsprozesses muss alles unternommen werden, um Waffenschmuggel jeder Art zu unterbinden.

Um unserer besonderen Verantwortung gegenüber Israel gerecht zu werden und die konstruktive Zusammenarbeit mit den anderen Staaten im Nahen Osten zu fördern, statt sie zu gefährden, sollte Deutschland einerseits den politischen Friedensprozess forcieren und so zu einer dauerhaften Lösung beitragen, darüber hinaus andererseits an führender Position humanitäre Hilfe und Wiederaufbauhilfe sowie Ausbildungs- und Ausrüstungshilfe für Grenzsicherungskräfte und Polizei in der Konfliktregion, mit Schwerpunkt Libanon, leisten.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. Priorität auf die aktive Unterstützung des politischen Prozesses im Libanon und der Region zu legen;
2. die Ausbildungs- und Ausrüstungshilfe für die libanesische Küstenwache fortzuführen und auszubauen, um dem Libanon eine eigenständige seeseitige Grenzsicherung zu ermöglichen;
3. die bereits jetzt erfolgreich praktizierte bilaterale Hilfe für den Libanon auf dem Feld der landseitigen Grenzsicherung zu intensivieren;

4. nach vorangehenden Gesprächen mit der libanesischen Regierung in der internationalen Gemeinschaft darauf hinzuwirken, schnell und ausreichend Ausbildungs- und Ausrüstungshilfen für die libanesischen Grenzsicherungskräfte bereitzustellen;
5. im internationalen Rahmen darauf zu drängen, die Aufstellung einer libanesischen mobilen Einsatzgruppe zur Bekämpfung des Waffenschmuggels massiv zu unterstützen;
6. nach Einvernehmen mit der libanesischen Regierung im Rahmen der Vereinten Nationen zu erwirken, dass möglichst bald eine eigenständige libanesische Grenzschutzbehörde geschaffen wird;
7. sich intensiv beim Aufbau einer solchen Grenzschutzbehörde einzubringen;
8. bei den Vereinten Nationen darauf zu drängen, dass die internationale Staatengemeinschaft die libanesischen Grenzsicherungskräfte bei der Durchführung der Grenzüberwachung an der Ost- und Nordgrenze bis zur vollen Funktionsfähigkeit der eigenen Grenzschutzbehörde im notwendigen Maße unterstützt.

Berlin, den 10. September 2007

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333